



Info-Brief Juni 2010



Liebe Wandsbekerinnen, liebe Wandsbeker

Mit diesem Infoblatt bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren. Kommunalpolitik soll und muss die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Dies kann nur im Austausch mit Ihnen erfolgen. Damit wir Ihre Vorstellungen erfahren, bieten wir Ihnen mit dieser kleinen Veröffentlichung auch die Möglichkeit, mit uns in einen Dialog einzutreten.

Ihr Thomas Ritzenhoff
(Fraktionsvorsitzender)

Inhalt

- Bezirksversammlung am 10. Juni
- Wo ein Wille ist, ist auch ein guter Weg
- Die Folgen „kreativer Bilanzierung“
- Zulassungsverordnung für Wochenmärkte
- Lehren aus dem Bramfelder See

Impressum:
SPD-Fraktion in der
Bezirksversammlung Wandsbek
Schloßstraße 12
22041 Hamburg
ViSdP: Ulrike Nickel

Bezirksversammlung am 10. Juni 2010

Die SPD-Fraktion hat für die Sitzung der Bezirksversammlung im Juni die folgenden Anträge eingereicht:

- Die Liegenschaft gehört in die Bezirke
- Bewährte Zulassungs- und Benutzungsordnung für Wochenmärkte erhalten
- Sportstätten erhalten, keine weiteren Kürzungen beim Breitensport
- Durchführung einer differenzierten und moderierten Standortanalyse zur Umsetzung jeder einzelnen Ganztagsprimarschule
- Bebauungsplan Jenfeld 23: Lettow-Vorbeck-Kaserne

- Lehren aus dem Bramfelder See
- Dringend benötigte Hortplätze in Duvenstedt schnell und unbürokratisch realisieren
- Erlaubnis nach dem Hamburgischen Wegegesetz entbürokratisieren

Die aktuelle Stunde der Bezirksversammlung steht ganz im Zeichen der Einsparpläne des Senates, konkreter gesagt dem Konsolidierungsbeitrag, den die Bezirke erbringen sollen. Gleich drei Fraktionen haben dieses Thema für die aktuelle Stunde angemeldet.

Die SPD-Fraktion hat zwei Themen zur Debatte angemeldet: Zum einen

soll der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26. Mai zum Community Center Hohenhorst debattiert werden und zum anderen der Antrag, der sich mit der Zulassungsverordnung und Benutzungsverordnung für Wochenmärkte auseinandersetzt.

Drei große Anfragen wurden eingereicht: Eine zu einer Pressemitteilung, in der Paten für Kinderspielplätze gesucht werden, eine fragt nach dem Stand der Umsetzung des Gutachtens zur Tourismus- und Naherholungsförderung in Wandsbek und es wird gefragt, wie sich Wandsbek für das Umwelthauptstadtjahr 2011 vorbereitet.

Wo ein Wille ist, ist auch ein guter Weg

Community Center Hohenhorst (CCH) wird jetzt doch gebaut

Gestern wurde bekannt, dass das Community Center Hohenhorst (CCH) nun doch gebaut werden soll, der massive Druck der Akteure vor Ort hat dafür gesorgt, dass dieses wichtige Projekt aus Bundeskonjunkturmitteln wie geplant realisiert wird. Thomas Ritzenhoff, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bezirksfraktion in Wandsbek: „Die Entscheidung der Lenkungsgruppe für die Konjunkturmaßnahmen des Bundes die Mit-

tel für den Bau des CCH bereit zu stellen hat gezeigt, wie wichtig Druck durch die Akteure vor Ort ist.“

Der Einsatz der Hohenhorster und die Aufforderung des Jugendhilfeausschusses vom 26. Mai haben den nötigen Druck erzeugt, dass sich die beteiligten Behörden mit dem künftigen Träger und den Architekten zusammengesetzt haben. So wurde eine positive Lösung gefunden, damit der Stadtteil Hohenhorst

das dringend benötigte Zentrum bekommt, in dem unter anderem ehrenamtliche Aktivitäten vor Ort gebündelt werden und damit Hohenhorst um eine Attraktion für seine Bewohnerinnen und Bewohner reicher wird. Thomas Ritzenhoff weiter; „Durch das Zusammenspiel aller Beteiligten vor Ort hat die Verwaltung die Wichtigkeit dieses Projektes rechtzeitig erkannt – oder: Wo ein Wille ist, ist auch ein guter Weg.“

Die Folgen „kreativer Bilanzierung“ Bürger und Bürgerinnen wollen das nicht ausbaden!

Die SPD-Fraktion erkennt durchaus die Notwendigkeit an, angesichts der dramatischen Haushaltsentwicklung in Hamburg – die neben der Wirtschafts- und Finanzkrise auch finanzpolitischen Fehlentscheidungen des Senats der Jahre 2007 und 2008 geschuldet ist – Konsolidierung zu betreiben, um den – wie der Präsident des Hamburger Rechnungshofes kürzlich zutreffend titulierte - „finanzpolitischen Blindflug“ des Senats für Hamburg zu beenden und die Haushaltskrise in den Griff zu bekommen. Als

Hebel stehen nur die Erhöhung der Einnahmen oder die Reduzierung der Ausgaben zur Verfügung.

Die vorgelegten Vorschläge für den Konsolidierungsbeitrag der Bezirke sind allerdings dafür politisch nicht vertretbar und ungeeignet. Zudem blenden sie die finanzpolitische Verantwortung des Senats in anderen Bereichen aus. Es fehlt eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Kern der kommunalen Leistungserbringung, die sich primär an

öffentlichen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger orientieren muss und erst dann an der Frage, wie effizient dies gestaltet werden kann. Lediglich der Blick auf Zahlen wird der staatlichen Verantwortung für Aufgabenerfüllung nicht gerecht, es geht um Aufgaben und nicht um Ausgaben. Die SPD-Fraktion lehnt die vorgelegten Vorschläge daher ab, sowohl hinsichtlich des zu hohen zu erbringenden Konsolidierungsvolumens von 65 Mio. Euro, als auch hinsichtlich der geforderten Umsetzungsschritte.

Bewährte Zulassungs- und Benutzungsordnung für Wochenmärkte erhalten

Im Zuge der Neufassung der Zulassungs- und Benutzungsordnung für Wochenmärkte sind einige Veränderungen in der Zulassungspraxis durch die Bezirksämter vorgesehen, die bei den betroffenen Marktbesckickern für Unverständnis sorgen.

Bisher sind Tageszulassungen auf den städtischen Wochenmärkten die Regel. Dieses System soll nun auf Dauerzulassungen umgestellt werden. Ausschlaggebend hierfür sind u. a. geäußerte Kritikpunkte des Rechnungshofes, der

in seinen Jahresberichten immer wieder auf Veränderungspotenziale hingewiesen hatte.

Der vorliegende Entwurf für die neue Zulassungs- und Benutzungsordnung sieht vor, die Zulassungen für ein Jahr bzw. für eine Saison zu erteilen. Die Zulassungsbescheide ergeben eine verbindliche Zahlungsverpflichtung, die dann jeweils im Voraus zu entrichten ist. Insbesondere die Marktbesckicker kritisieren diese beabsichtigte Umstellung als praxisferne Vorgabe, die sich einseitig zu Lasten der Markthändler

auswirken und unverhältnismäßige wirtschaftliche Risiken aufwerfen würde. Unvorhersehbare Ausfälle von Markttagen treten immer wieder auf, auf die die Marktbesckicker flexibel reagieren müssen, so dass eine Beibehaltung der Tageszulassungen durchzusetzen ist.

Viele weitere Fragen werfen sich im Zuge dieser Anpassung auf, die vor allem nicht vorab mit den betroffenen Markthändlern von Seiten der zuständigen Fachbehörde besprochen worden sind.

Lehren aus dem Bramfelder See

Die Öffnung des Wehrs im Bramfelder See hatte erschreckende Folgen, die hinreichend bekannt sind. Offensichtlich wurde es den bisher unbekanntesten Tätern nicht allzu schwer gemacht, das Wehr zu öffnen. Bei der Sanierung des Sees wurden laut Mitteilung der Verwaltung sicherere Barrieren eingebaut.

Im Bereich des Bezirks Wands-

bek gibt es zahlreiche Stauwehre an Rückhaltebecken und Flussläufen. Es ist davon auszugehen, dass auch hier potenzielle Täter ein leichtes Spiel haben, da die Absperrungen nur unzureichend gesichert sind.

Nach Wunsch der SPD-Fraktion werden die zuständige Fachbehörde und das Bezirksamt gebeten, die Stau- und Absperrsysteme

an Gewässern dahingehend zu überprüfen, ob eine ausreichende Sicherung gegen unbefugte Öffnung gegeben ist. Bei mangelnder Absicherung sind entsprechende Sicherungssysteme einzubauen. Außerdem soll dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zeitnah berichtet werden.